

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0047-I/A/5/2017

Wien, am 31. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an meine Amtsvorgängerin gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11675/J des Abgeordneten Gerhard Schmid und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 8:

- *Wie beurteilen Sie die gesundheitsschädlichen Folgen durch eine Belastung mit Feinstaub?*
- *Warum sind bei gewisser Feinstaubbelastung keine Akutmaßnahmen vorgesehen?*
- *Werden Sie sich dafür einsetzen, Akutmaßnahmen national gesetzlich vorzuschreiben?*
- *Wenn ja, welche Maßnahmen bei welcher Belastung?*
- *Wenn ja, bis wann?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Werden Sie sich in den zuständigen Gremien der Europäischen Union für eine EU-weite gesetzliche Regelung einsetzen?*
- *Werden Sie sich für ein Früh-, bzw. Vorwarnsystem der prognostizierten Feinstaubbelastung einsetzen, bzw. werden Sie ein solches veranlassen?*

Es ist durch viele Studien belegt, dass eine Belastung mit Feinstaub negative Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Vor allem betroffen sind das Herz-Kreislauf-System und die Atemwege.

Die in der gegenständlichen Anfrage angesprochenen Bereiche der Früh- bzw. Vorwarnung sowie das Setzen von Akutmaßnahmen bei Überschreiten einer gewissen Feinstaubbelastung fallen nicht in den Vollziehungsbereich meines Ressorts.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

